



Projektland: Ghana, Benin, Burkina Faso,
Elfenbeinküste, Togo

Quartalsbericht: Januar bis März 2009

Westafrika

Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung der Projektregion

- *Wahlen in Ghana und in der Elfenbeinküste*
- *African Peer Review Mechanismus*
- *Nahrungsmittelkrise und -produktion / Rohstoffe*

Ghana, das 1957 als erstes Land südlich der Sahara seine Unabhängigkeit erhielt, stellt, wie internationale Beobachter, die in ihrem im Februar 09 veröffentlichten Bericht dem Land bescheinigten, transparente, den internationalen Standards entsprechende, Wahlen durchgeführt zu haben, ein positives Beispiel an praktizierter Demokratie für den Kontinent dar. Im Dezember 2008 gab John Kufuor (NPP) das höchste Staatsamt, das er 2001 von Jerry Rawlings (NDC) übernommen hatte, an John Atta Mills (NDC) weiter, zwischen dem neu gewählten Staatspräsidenten und seinem wichtigsten Gegenspieler, Nana Akufo-Addo (NPP), lagen weniger als 0,5% der Stimmen.

Dagegen konnten in der **Elfenbeinküste**, wo die Präsidentschaftswahlen bereits seit Oktober 2005 überfällig sind, keine wesentlichen Fortschritte verzeichnet werden. Am 28.2., dem offiziellen Ende der Identifizierungskampagne der Bevölkerung, hatten sich, von insgesamt 8,6 Mio. Einwohnern, rund 5 Mio. in die Listen eingetragen. Die Kampagne, eine der sensibelsten Etappen der Wahlvorbereitungen, die dazu dient, das Wählerverzeichnis aus dem Jahre 2000 (letzte Präsidentschaftswahlen) zu aktualisieren und gleichzeitig die Grundlage für die Ausstellung von Personalausweisen (seit 1999 nicht mehr ausgegeben) bildet, wurde bis Ende März verlängert. Der Vorsitzende der Wahlkommission, Robert Mambré Beugré (PDCI-RDA/Opposition) versicherte, allerdings ohne ein Datum zu nennen, dass alles getan werde, um die Wahlen im laufenden Jahr 2009 durchzuführen. Aber auch anlässlich des Treffens zwischen dem ivoirischen Staatschef Laurent Gbagbo und seinem burkinischen Amtskollegen, dem offiziellen Schlichter, Blaise Compaoré, Anfang März in Ouagadougou, wurde kein Datum für die Wahlen genannt.

Bei dem 10. ordentlichen **APRM-Forum**, das am 31.1.2009 im Vorlauf des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union in Addis Abeba stattfand, stellte **Ghana** (Länderevaluierung Januar 2006) seinen dritten halbjährlichen Fortschrittsbericht, **Benin** (Länderevaluierung Januar 2008) seinen ersten Fortschrittsbericht vor. **Burkina Faso**, während des 1. Außerordentlichen APRM-Forums (Cotonou/Oktober 2008) evaluiert, hatte noch keinen Bericht vorzulegen, **Togo**, das letzte, dem Mechanismus beigetretene Land (Juni 2008) befindet sich derzeit in der Vorbereitungsphase, die Nationalen APRM-Strukturen werden eingerichtet. Die **Elfenbeinküste** ist dem Mechanismus noch nicht beigetreten.

Ghanas Vizepräsident John Mahama, der als Vertreter seines Landes an dem Forum teilgenommen hatte, berichtete bei seiner Rückkehr, dass sein Land, bezüglich der Durchführung des Mechanismus, als Modell für die anderen Länder gelte. Anlässlich des Regierungswechsels in **Ghana** appellierte der Vorsitzende des dortigen APRM-Government Council, Prof. S.K. Adjapong, an die neue Regierung, den begonnenen Prozess weiterzuführen und informierte gleichzeitig über die geplante Errichtung eines Zentrums, das insbesondere Studien über den Verlauf des Mechanismus in den westafrikanischen Ländern Ghana, Benin, Mali und Nigeria gewidmet sein soll.

In der **Elfenbeinküste**, die jährlich zwischen 700.000 und 800.000 Tonnen Reis importiert, konnte der Preis des Grundnahrungsmittels dank der Beibehaltung der Zoll- und Steuererleichterungen bis Ende März 2009 gehalten werden. Japan stellte Ende Januar dem Land 2.950 Tonnen Reis im Wert von 1,4 Mrd. F CFA (2,1 Mio. €) als Beitrag zur Dämpfung der Nahrungsmittelkrise zur Verfügung.

Reisproduzenten sowie staatliche Organisationen aus **Burkina Faso**, Mali und Senegal, trafen sich Mitte Februar in Ouagadougou, um, über eine verbesserte Reisproduktion, die sich, nach offiziellen Statistiken, in der Region seit der Vorsaison um 200% erhöht haben soll, zu einer sichereren regionalen Nahrungsmittelversorgung zu gelangen. **Burkina Faso** deckt über seine lokale Produktion ein Drittel des nationalen Bedarfs ab, der Rest wird importiert.

Togo erklärte, die Landwirtschaft, in der zwei Drittel der Bevölkerung beschäftigt sind, insbesondere den Anbau von Kaffee und Kakao, die zu den wichtigsten Exportprodukten des Landes zählen und deren Produktion in den letzten Jahren stark gesunken ist, wiederbeleben zu wollen. Investitionen in Höhe von 178 Mio. \$ wurden angekündigt, auch die Geberländer und -organisationen sagten für das laufende Jahr Unterstützung, insbesondere für den Reisanbau, zu.

Was die Kaffee-Kakao-Branche angeht, versucht **Ghana**, zusammen mit Nigeria und Kamerun, von der derzeit ungünstigen Situation des Branchenleaders Elfenbeinküste, dessen letzte Ernte, normalerweise 40% der Weltproduktion, geringer und von minderer Qualität ausgefallen sein soll, zu profitieren. Expertenschätzungen zufolge wird, falls nichts unternommen werde, die ivoirische Produktion weiter sinken, die **Elfenbeinküste** ihre Stellung als weltweit wichtigster Produzent verlieren. Dagegen verzeichnet **Ghana** bereits seit 2000 regelmäßige Produktionssteigerungen, eine Erhöhung der derzeit bei 600.000 bis 700.000 Tonnen liegenden Jahresproduktion auf 1 Mio. Tonnen, wovon die Hälfte vor Ort verarbeitet werden soll, ist avisiert. Der Kakao soll dem Land im vergangenen Jahr rund 1,5 Mrd. \$ eingebracht haben und damit, nach dem Gold, die zweitwichtigste Einkommensquelle darstellen.

Mit dem Eintritt der so genannten „new players“, Ländern wie u.a. die **Elfenbeinküste** und **Ghana**, in die Erdölproduktion, die zu den bereits bekannten afrikanischen Erdölförderstaaten Kamerun, Gabun und Nigeria hinzukommen, wird sich das wirtschaftliche Gleichgewicht in Afrika südlich der Sahara mit Sicherheit verändern. Das 2007 vor der ghanaischen Küste entdeckte „Jubilee Field“, eine der wichtigsten Funde der letzten zehn Jahre in Westafrika, dessen Reserven - Tests ergaben eine sehr hohe Qualität - inzwischen auf bis zu 3 Mrd. Barrel geschätzt werden, soll ab 2010 ausgebeutet werden, die Tagesproduktion könnte ab 2012 bis zu 250.000 Barrel erreichen.

In der **Elfenbeinküste** sollen, nach offiziellen Angaben, zwischen 47.000 und 50.000 Barrel Erdöl pro Tag gefördert werden können, Weltbank und IWF schätzen die Produktion für 2009 auf zwischen 60.000 und 80.000 Barrel pro Tag, die gesamten Erdölreserven des Landes

werden mit ca. 300 Mio. Barrel, deren Ausbeutung in den nächsten 15 bis 20 Jahren vorgesehen ist, angegeben.

Weitere Meldungen zu den einzelnen Projektländern

Ghana

Anfang Januar wurde der 64-jährige John Atta Mills, Rechtsanwalt, unter Jerry Rawlings Vizepräsident (1996), offiziell in sein Amt als Staatspräsident eingeführt. Nachdem er zunächst, bis Ende Januar, eine Übergangsregierung eingesetzt hatte, waren die beiden ersten Monate des Jahres vor allem von der Bildung der neuen Regierung beherrscht. Die neu ernannten Minister hatten sich, vor ihrer Vereidigung durch den Staatspräsidenten und ihrem offiziellen Amtsantritt, einer intensiven Anhörung („Vetting“) durch ein Parlamentskomitee zu unterziehen, das die Ernennung zu bestätigen hat. Dabei ist anzumerken, dass in diesem Jahr die Zivilgesellschaft besonders aktiv Anteil an dieser Übung nahm, Organisationen, wie z.B. die ‚Alliance for Accountable Governance‘ (AFAG), stellten dem Komitee Informationen über Verletzungen der ‚good governance‘ durch die betreffenden Personen in früheren Funktionen zur Verfügung. Einige Ernennungen, insbesondere die des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, regionale Integration und NEPAD, Alhadji Muhammad Mumini, wurden äußerst kontrovers diskutiert.

Am 20. Februar hielt Staatspräsident John Atta Mills seine lang erwartete erste Rede zur Lage der Nation vor dem Parlament, in der er u.a. erklärte, sich für einen Wirtschaftsaufschwung einsetzen zu wollen und kündigte, um das bestehende Budgetdefizit zu reduzieren, Sparmassnahmen insbesondere bei den Ausgaben der Regierung an, dem Privatsektor, als wichtigstem Arbeitgeber im Land, wurde weiter Unterstützung zugesagt.

Mitte Februar übergab die Übergangsregierung dem Staatspräsidenten ihren Bericht, der zu den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen des Landes Stellung nimmt und die wirtschaftliche Lage als sehr gespannt darstellt, wobei das bestehende Budgetdefizit, das höchste seit 10 Jahren, als das schwerwiegendste Problem bezeichnet wird. Die scheidende Regierung erkannte das defizitäre Budget an, wies allerdings die angegebenen Zahlen zurück. Das Anfang März von dem Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung, Kwabena Dufuor, dem Parlament vorgestellten und von diesem verabschiedeten Haushalt des laufenden Jahres, ist auf die Reduzierung des Haushaltsdefizits von derzeit (seit 12/08) 14,9% auf 9,4% zum Jahresende ausgerichtet.

Staatspräsident John Atta Mills gab Anfang März die Zusammensetzung seines aus 19 Ministern bestehenden Kabinetts bekannt. Eines seiner Wahlversprechen, den Frauen mehr Stellenwert einzuräumen, wurde mit der Nominierung von 8 Frauen auf Ministerposten sowie weiteren in Entscheidungspositionen (Parlamentspräsident, Generalinspektor der Polizei, Generalstaatsanwalt) teilweise erfüllt, Stimmen wurden allerdings laut, die darüber hinaus landesweit eine allgemeine Verbesserung der Situation der Frauen forderten.

Die Inflationsrate, die, nach Angaben des ‚Ghana Statistical Service‘, im Dezember 18,13% betrug, erreichte im Januar 19,86%, im Februar 20,34%, dem seit 2004 (22,4%) höchsten Stand. Pressemitteilungen zufolge soll der ghanaische Cedi in den letzten Monaten rund 40% seines Wertes gegenüber dem US\$ verloren haben, eine Situation, die man seit ca. 10 Jahren nicht mehr gekannt habe.

Die Wochenzeitung ‚Businessweek‘ teilte mit, dass sich die ausländischen Direktinvestitionen in Ghana zwischen 2007 und 2008 um 160% erhöht und im Jahr 2008 rund 3,19 Mrd. \$ erreicht hätten, was einer Steigerung von nahezu 2 Mrd. \$ im Vergleich

zum Vorjahr entspreche. Die wichtigsten Investitionen seien von China, gefolgt von Indien, Libanon und Nigeria getätigt worden.

Im Rahmen des zehnten Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) wurden Ghana 6,2 Mio. € für Vorhaben zur Minderung der Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln zugesagt. Der Gesamtbetrag der EU-Budgethilfe für Ghana für den Zeitraum 2008 bis 2013 wurde mit 373 Mio. € angegeben.

Die Weltbank erklärte Anfang März, anlässlich eines Workshops in Accra, dem Land weitere 1,2 Mrd. \$ für die kommenden drei Jahre, im Rahmen der Budgethilfe sowie für unterschiedliche Sektorvorhaben zur Verfügung stellen zu wollen. Der VN-Bevölkerungsfonds stellte 30 Mio. \$ über 6 Jahre für Verbesserungen im Gesundheitsbereich bereit. Japan sagte nicht rückzahlbare 12,2 Mio. \$ für Straßenrehabilitierungen sowie die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zu.

Nach der Elfenbeinküste besuchte die französische Ministerin für Außenhandel, Anne-Marie Idrac, die von einer Gruppe französischer, an Investitionen in Ghana interessierter, Unternehmer begleitet wurde, im Februar auch Ghana. Sie erklärte bei dieser Gelegenheit, dass Frankreich, das die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verstärken wolle, u.a. an Interventionen in den Bereichen Wasser, Transport, Landwirtschaft, Erdöl und Tourismus interessiert sei.

Benin

Anlässlich des Internationalen Frauentags (8.3.) kündigte Staatspräsident Boni Yayi eine weitere Regierungsumbildung an und versprach, 30% der Ministerposten an Frauen vergeben zu wollen.

Der Gouverneur der Westafrikanischen Entwicklungsbank (BOAD), der Beniner Abdoulaye Bio Tchané, ehemaliger Afrika-Direktor des Internationalen Währungsfonds, hielt sich, im Rahmen seiner regelmäßigen Besuche bei den Staatshäusern der Länder der Westafrikanischen Union, auch in Benin auf, wo er Unterredungen sowohl mit Staatspräsident Boni Yayi als auch mit dessen Vorgänger, Mathieu Kerekou, führte. Diese Gelegenheit gab den bestehenden Gerüchten um eine mögliche Kandidatur Bio Tchanes bei den nächsten Präsidentschaftswahlen (2011) neue Nahrung.

Anfang Februar stellte die Weltbank dem Land eine Subvention in Höhe von 30,6 Mio. \$ zur Unterstützung von Unternehmensgründungen sowie der Verbesserung der Trinkwasserversorgung für die ärmsten Schichten der Bevölkerung zur Verfügung.

Mit der Republik China wurde Ende Dezember 2008 ein weiteres Wirtschaftsabkommen in Höhe von 2,6 Mrd. F CFA (3,96 Mio. €) für den Bau eines Verkehrsverteilers am nordwestlichen Ausgang der Stadt Cotonou, dessen Errichtung ca. 30 Monate dauern und insgesamt rund 10 Mrd. F CFA (15,24 Mio. €) kosten soll, unterzeichnet.

Die im Monat März herrschenden Streiks, insbesondere im Gesundheitssektor, konnten über Verhandlungen zwischen der Regierung und den wichtigsten Gewerkschaftszentralen beigelegt werden. Im Anschluss daran sicherte Staatspräsident Boni Yayi die Erhöhung des garantierten monatlichen Mindestlohns um 15% auf 31.625 F CFA (ca. 40 €) zu.

Burkina Faso

Die Afrikanische Entwicklungsbank (BAD) stimmte einer rückzahlbaren (14,91 Mio. \$) und einer nicht rückzahlbaren (46,16 Mio. \$ aus dem Afrikanischen Entwicklungsfonds) Anleihe

für die Rehabilitation der wichtigsten Überlandstrassen des Landes zu, die rund 80% des auf 116,72 Mio. \$ geschätzten Vorhabens abdeckt, der Rest soll von der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie dem Land selbst finanziert werden.

Um eine bessere Eingliederung der nördlichen Landesteile (Sahelregion/ nahe der Grenze zu Niger) zu erreichen, wurden dort mehrere Straßenbau- bzw. -rehabilitierungsvorhaben begonnen, deren Gesamtkosten auf 40 Mrd. F CFA (61 Mio. €) geschätzt werden. Die Finanzierung soll zu 30% vom Land selbst getragen, die restlichen 70% von Afrikanischen Entwicklungsbanken, der Weltbank und der Afrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion übernommen werden.

Togo

Nachdem im Dezember 08 die Abgeordneten der Opposition (UFC/CAR) einen von der Regierung im Parlament eingebrachten Vorschlag zur Änderung der Wahlgesetzgebung abgelehnt hatten, was zu hitzigen Debatten um konstitutionelle und institutionelle Reformen führte, wurde der Forderung der Opposition nach Einrichtung eines Gremiums, in dem entsprechende Gesetzestexte vor ihrer Lesung im Parlament diskutiert werden können, stattgegeben. Das Anfang Februar per Präsidentendekret eingesetzte Komitee, aus Vertretern der Regierung sowie der drei im Parlament vertretenen Parteien zusammengesetzt, hat zur Aufgabe, in einem ständigen Dialog, die Nation betreffende Themenstellungen wie z.B. die Verfassung, das Statut der politischen Parteien und das Wahlrecht zu diskutieren und damit zur innenpolitischen Stabilität beizutragen.

Die beiden Oppositionsparteien UFC und CAR erklärten Ende Januar, sich, im Vorgriff auf die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr, zusammenschließen und einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen zu wollen, entsprechende Gespräche werden geführt.

Ende Februar ernannte der togoische Staatspräsident den Ingenieur für Brücken- und Straßenbau, Komlan Kadjè, zum Minister für Öffentliche Arbeiten und Transport. Diese Ernennung geht auf eine Forderung der Gewerkschaften zurück, die den bislang dem Präsidentschaftsamt beigeordneten Sektor als vernachlässigt bezeichneten.

Der Internationale Währungsfonds äußerte sich, im Anschluss an den Aufenthalt einer Delegation im Februar in Togo, sehr zufrieden über die in den vergangenen Jahren durchgeführten Reformen sowie die Bemühungen des Landes um die Wiederbelebung seiner Wirtschaft. Die Delegation versprach, sich beim Fonds für eine Erhöhung der dem Land zur Verfügung gestellten Finanzressourcen einsetzen zu wollen.

Die amerikanische Firma ‚Contour Global‘ begann, um die Eigenversorgung des Landes mit Strom zu gewährleisten, mit dem Bau eines Elektrizitätswerks (Kapazität 100 MW), das Anfang 2010 funktionsfähig sein soll. Die geschätzten Kosten in Höhe von 176 Mio. \$ sollen zu 25% von der Firma selbst und zu 75% von einer staatlichen US-Agentur zur Finanzierung von Investitionen im Ausland getragen werden.

Anlässlich des Besuchs einer japanischen Delegation in Togo schlossen die beiden Länder Mitte Januar ein Abkommen über die Tilgung von Schulden in Höhe von 17 Mrd. F CFA (rund 26 Mio. €). Wie in diesem Zusammenhang erklärt wurde, setzt Japan seine Unterstützung für das Land insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Landwirtschaft und Energie ein.

Ein Ende 2008 in Togo veröffentlichter Bericht zur Situation der Bevölkerung des Landes gibt die Armutsanfälligkeit mit 81,8% (geschätzt 5.598.000 Einwohner/2008) an, wovon 39,6% dauerhaft und 22% vorübergehend gefährdet sein sollen. Die Armutsanfälligkeitsrate soll im

städtischen Milieu (71%) niedriger als im ländlichen (87,4%) sein. Togo plant im laufenden Jahr die Durchführung einer Volkszählung.

Elfenbeinküste

Am 4. März, dem zweiten Jahrestag der Unterzeichnung des innerivorischen Abkommens von Ouagadougou (2007), zu dem im Dezember 08 ein dritter Zusatz (Ouaga IV) abgeschlossen wurde, begann im ehemaligen Gebiet der Ex-Rebellion (Norden des Landes) offiziell die Übergabe der militärischen an die wieder eingerichtete zivile Verwaltung (Präfekturen) - eine der Voraussetzungen für die Durchführung der Wahlen - was u.a. auch die Wiederaufnahme regulärer Steuereinnahmen beinhaltet, ein jahrelang von der Ex-Rebellion als solches betrachtetes und ausgeübtes Privileg. Zwar sollen, nach offiziellen Angaben, bereits 96% der Beamten ihre damals aus Sicherheitsgründen aufgegebenen Posten wieder angetreten haben, allerdings seien bislang lediglich 14% der Verwaltungsgebäude wieder hergerichtet worden, so dass es noch eine Zeit dauern wird, bis sowohl die Beamten als auch die Bevölkerung, nach der langen, verwaltungslosen Zeit zu einer administrativen Normalität zurückfinden werden.

Über das Ouaga IV-Abkommen soll auch die, bereits mehrfach zögerlich begonnene, Wiedereingliederung der ca. 5.000 Mitglieder der Ex-Rebellion sowie der ca. 12.000 regierungstreuen Milizen in die reguläre Armee endlich umgesetzt werden, ebenfalls eine unumgängliche Voraussetzung für die Durchführung der Wahlen.

Nachdem Ende Januar 09 der VN-Sicherheitsrat das Mandat der Vereinten Nationen, zusammen mit dem der französischen Truppen in der Elfenbeinküste, bis Anfang Juli 2009 verlängert und gleichzeitig deren Umfang verringert hatte, begann Anfang März auch Frankreich, seine dort stationierten Truppen zu reduzieren.

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds wollen, wie nach einer gemeinsamen Mission in der Elfenbeinküste im Februar bekannt gegeben wurde, ab 2010 mit einem umfangreichen Begleitprogramm für die von dem Land unternommenen Reformen, mit u.a. verantwortungsvoller Wirtschaftsführung (Transparenz im Erdölsektor), Investitionen in Infrastrukturen, Restrukturierung wichtiger landwirtschaftlicher Sektoren (Kakao) als Hauptinterventionsachsen, in Höhe von (mit Hilfe weiterer Geber) bis zu 2 Mrd. \$ beginnen, woraus zunächst 500 Mio. \$ für vier Jahre (2010-2013) zur Verfügung gestellt werden sollen.

Jean-Louis Billion, Vorsitzender der ivorischen Industrie- und Handelskammer (CCI) plädierte im Januar, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Jeune Afrique“, für eine verstärkte Wiederbelebung der ivorischen Wirtschaft und erklärte u.a. dass sich diese, mit einem Wachstum von 2,9% (2008), langsam wieder erhole, obwohl nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze zerstört und ca. 50% der Unternehmen verschwunden seien.

Ende Februar, anlässlich ihres Besuchs - des ersten eines französischen Außenhandelsministers seit 1986 - in der Elfenbeinküste, erklärte die franz. Ministerin für Außenhandel, Anne-Marie Idrac, dass Frankreich damit sein Interesse, sich aktiv am Wiederaufbau und wirtschaftlichen Aufschwung des Landes zu beteiligen, kundtun wolle. Die Ministerin wurde von einer Gruppe französischer Unternehmer begleitet, die entweder ihre Präsenz im Land verstärken oder sich dort neu niederlassen wollen. Offiziellen Angaben zufolge sollen die rund 600 französischen, in der Elfenbeinküste niedergelassenen Unternehmen 360.000 ivorische Staatsangehörige beschäftigen und 30% des ivorischen PSB erwirtschaften.

Die Inhaftierung der wegen Verdachts auf Hinterziehung seit Juni 2008 festgenommenen Verantwortlichen der ivorischen Kaffee-Kakao-Branche, fast ausschließlich der

Regierungspartei nahe stehend, wurde im Februar um vier Monate verlängert, um dem Gericht die Möglichkeit zu geben, weitere Vernehmungen durchzuführen, die sich, wie gleichzeitig bekannt gegeben wurde, durchaus auch auf Vorsitzende anderer Vereinigungen der Branche (Kooperativen, Gewerkschaften) ausdehnen könnten.

Eine indische, in der Elfenbeinküste bereits im Mangan-Abbau tätige Unternehmensgruppe erhielt, für die Summe von 1,85 Mrd. F CFA (2,8 Mio. €) die Zusage für eine weitere Ausbeutung von Bodenschätzen (Nickel, Mangan und Bauxit) im Norden des Landes. Nach Auskunft des Hafens von Abidjan soll die Elfenbeinküste im vergangenen Jahr über 176.500 Tonnen Mangan, ca. 46% mehr als in 2007, exportiert haben.

Brigitte Mäntele-Enweani / Elmar Frank